

RAFAEL PINHAS
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Verkehrsrecht

Allgemeine Mandatsbedingungen

In Verbindung mit der erteilten Vollmacht wird folgendes vereinbart:

1. Bei Auftragserteilung kann der Rechtsanwalt einen angemessenen Kostenvorschuss verlangen (§ 9 RVG), in der Regel die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen. Ansonsten werden Gebühren und Auslagen mit ihrer Entstehung fällig. Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass eingehende Geldbeträge vorab zur Deckung der jeweils fälligen Gebühren und Auslagen verrechnet werden.
2. Der Mandant ist verpflichtet, den Rechtsanwalt nach Kräften zu unterstützen und alle ihm möglichen, zur ordnungsgemäßen Auftragsdurchführung notwendigen Voraussetzungen zu schaffen; insbesondere hat der Mandant alle für die Auftragsdurchführung notwendigen oder bedeutsamen Informationen rechtzeitig, ggf. auf Verlangen des Rechtsanwalts schriftlich, zur Verfügung zu stellen.
3. Die Haftung des beauftragten Rechtsanwalts wird für Fälle leichter Fahrlässigkeit auf einen Höchstbetrag von 1.000.000,00 € für ein Schadensereignis beschränkt. Unberührt bleibt die Haftung des beauftragten Rechtsanwalts oder eines/r Erfüllungsgehilfen/in für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit. Sollte aus Sicht des Mandanten eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Mandanten abgeschlossen werden kann.
4. Zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen ist der Rechtsanwalt nur dann verpflichtet, wenn er einen darauf gerichteten Auftrag erhalten und angenommen hat.
5. Schlägt der Rechtsanwalt dem Auftraggeber eine bestimmte Maßnahme vor (insbesondere Einlegung oder Unterlassung von Rechtsmitteln, Abschluss oder Widerruf von Vergleichen) und nimmt der Auftraggeber hierzu nicht binnen zwei Wochen Stellung, obwohl der Rechtsanwalt ihn ausdrücklich auf die Bedeutung des Schweigens hingewiesen hat, so gilt dies als Zustimmung des Auftraggebers zu dem Vorschlag des Rechtsanwalts.
6. Die Korrespondenzsprache mit ausländischen Auftraggebern ist deutsch. Die Haftung für Übersetzungsfehler wird ausgeschlossen. Unberührt bleibt die Haftung des beauftragten Rechtsanwalts oder seines Erfüllungsgehilfen für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.
7. Fernmündliche Auskünfte und Erklärungen des Rechtsanwalts sind nur bei schriftlicher Bestätigung verbindlich.
8. Alle auf das Mandat bezogene Handlungen, welche einer von mehreren Auftraggebern vornimmt oder welche gegenüber einem von mehreren vorgenommen werden, wirken für und alle Auftraggeber. Widersprechen sich die Weisungen mehrerer Auftraggeber, so kann das Mandat niedergelegt werden.
9. Die Kostenerstattungsansprüche und andere Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder sonstigen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenansprüche des beauftragten Rechtsanwalts an diesen abgetreten, mit der Ermächtigung, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen mitzuteilen.

10. Bei erhobenen Teilklagen, wie bei möglichen Rückgriffsansprüchen gegen dritte Personen, wird der Auftraggeber hiermit darauf hingewiesen, dass Verjährungsfristen bezüglich der im Prozess nicht geltend gemachten Ansprüche ablaufen und er entbindet hiermit den Prozessbevollmächtigten ausdrücklich davon, hierauf zu achten und ihn nochmals besonders darauf aufmerksam zu machen.

11. Gemäß § 29 Abs. 1 ZPO ist der Sitz der Anwaltskanzlei als vertraglicher Erfüllungsort gleichzeitig Gerichtsstand für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zugrunde liegendem Rechtsverhältnis.

Von dieser Vereinbarung haben beide Vertragsparteien je ein Exemplar erhalten.

Alzey, den

.....
(Rechtsanwalt Rafael Pinhas)

.....
(Auftraggeber/in)